

**Kommunen auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen nachhaltigen Entwicklung:
Schlussfolgerungen aus der vergleichenden Evaluierung eines Modellprojekts**

„Wir wollen Wege aufzeigen, wie Kommunen am besten ihre Zukunft gestalten können. Dies ist am besten in überschaubaren Schritten möglich, die in eine längerfristige Perspektive münden“. Mit dieser Zielsetzung führte das Umweltministerium Baden-Württemberg in ausgewählten Kommunen ein Modellprojekt durch, das hierfür entwickelte „**kommunale Nachhaltigkeitsbausteine**“ besonders in kleineren Kommunen unter 10.000 Einwohner/-innen erprobte, umsetzte und weiterentwickelte. Im Rahmen eines Praktikums mit der Uni Landau wurde eine vergleichende Fallstudie für vier Modellgemeinden sowie vier Vergleichsgemeinden erstellt und vom LUBW-Agenda-Büro um vier weitere Kommunen ergänzt. (Seite 2)

Die wichtigsten Ergebnisse daraus werden hier kurz zusammengefasst, die gesamte Studie findet sich ebenfalls auf der Homepage des LUBW Agenda-Büros. **Zentrale Schlussfolgerungen** für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse mit Bürgerbeteiligung sind:

1. In den Kommunen werden **Ansprechpartner/-innen in der Verwaltung** zur Förderung des freiwilligen Engagements geschaffen. Sie fungieren als Ansprechpartner/-innen für Arbeitskreise und bürgerschaftliche Aktivitäten, bilden für diese die Schnittstelle zu Verwaltung und Gemeinderat und organisieren die Öffentlichkeitsarbeit. Realistischerweise ist hier im Durchschnitt von einem Zeitbudget von 5 Wochenstunden auszugehen, die die Kommunen dafür in der Verwaltung auch längerfristig aufwenden. (Seite 3)

2. Die zur Förderung des Bürgerengagements notwendige **Kommunikation und Zusammenarbeit** von BürgerInnen, Verwaltung und Gemeinderat erfolgt oft nicht in eigens dafür geschaffenen Gremien, sondern flexibel und unterschiedlich. (Seite 5)

3. In allen untersuchten Kommunen erfolgt die **Unterstützung bürgerschaftlicher Aktivitäten** durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Gemeindemedien. Die meisten Kommunen geben auch finanzielle Unterstützung. Thematische **Arbeitskreise** sind die häufigste Organisationsform, wobei sich zunehmend festere Strukturen wie Genossenschaften herausbilden. **Klimaschutz** ist das vorherrschende Thema, sowohl bei den neugegründeten Arbeitskreisen in den Modellgemeinden als auch bei Bürgersolaranlagen als wichtigstem Schlüsselprojekt in allen Kommunen. Für die Gründung und Kontinuität von Themenarbeitskreisen ist das oberbayrische Weyarn ein seit über 15 Jahren erfolgreiches Vorbild. (Seite 6)

4. Als häufige und erfolgreiche **Formen der Bürgerbeteiligung** haben sich Bürgerbefragungen und Zukunftswerkstätten bzw. ähnliche Veranstaltungsformen bewährt. Sie sind auch in der Startphase gut geeignet, solche bürgerschaftlichen Nachhaltigkeitsprozesse anzustoßen oder neu zu beleben. (Seite 8)

5. Für solche bürgerschaftlichen Nachhaltigkeitsprozesse ist eine kontinuierliche **Öffentlichkeitsarbeit** notwendig. Alle untersuchten Gemeinden nutzen hierfür ihre eigenen Medien wie Gemeindeblatt oder Homepage, was sowohl einfach als auch effektiv ist. (Seite 9)

Ein tragfähiges Modell solcher Prozesse beruht so auf dem Aufbau möglichst selbständiger bürgerschaftlicher Strukturen und ihrer Unterstützung durch die Kommune.

Kommunale Nachhaltigkeitsbausteine und vergleichende Evaluierung des Modellprojekts

Das **Konzept der „Kommunalen Nachhaltigkeitsbausteine“** hat sich im Modellprojekt bewährt. Sie sind als „überschaubare Schritte“ ein gutes Instrument, um Bürgerbeteiligung und Nachhaltigkeit als feste Bestandteile in der Kommunalpolitik zu verankern. Sie werden als zunächst relativ abstrakte Kategorie in der Praxis mit Leben erfüllt. Untersucht wurden im Modellprojekt besonders die kommunalen Nachhaltigkeitsbausteine, die Grundlagen zur Förderung des freiwilligen Engagements schaffen und Bürgerbeteiligung sowie das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung fördern. Das Konzept der Bausteine wurde aufgrund der gemachten Erfahrungen teilweise weiterentwickelt und verbessert. (siehe Anhang 1, Seite 10)



Im Rahmen eines Praktikums mit der Uni Landau wurde dazu von Mai bis August 2010 von der Studentin Franziska Beisel die **Fallstudie „Bürgerbeteiligung in Nachhaltigkeitsprozessen kleiner Kommunen – Fördernde Faktoren und Hemmnisse“** erstellt, die mit „Sehr gut“ benotet wurde. Der von den beiden das Modellprojekt begleitenden Instituten UFIT und IFEU vorgelegte Zwischenbericht war eine wichtige Informationsquelle besonders auch über die Startphase in den Modellkommunen.

In der Fallstudie wurden die im Modellprojekt angewendeten kommunalen Nachhaltigkeitsbausteine in den vier Gemeinden (Aspach, Illmensee, Seckach, Schlierbach) durch einen Fragebogen untersucht. Ferner erfolgte ein Abgleich mit vier schon länger aktiven und erfolgreichen Gemeinden gleicher Größe (Allensbach, Bollschweil, Pleidelsheim u. Weissach im Tal) mit einem kürzer gehaltenen Fragebogen. In den folgenden Kapiteln wird auf die jeweiligen Kapitel der Fallstudie verwiesen. Sie steht auf der Homepage des Agenda-Büros in der Reihe „Arbeitspapiere“ als Download zur Verfügung:

<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de> (>Agenda 21, > Publikationen, >Arbeitspapiere)

Das LUBW Agenda-Büro befragte ferner zwei sehr erfolgreiche Gemeinden (Weyarn, Wildpoldsried) aus Bayern sowie Straubenhardt und Möglingen aus Baden-Württemberg. Außerdem wurden die Erfahrungen eines interkommunalen Projektes aus Bayern („AGIL“), die Erfahrungen der Lokalen Agenda in Oberösterreich und des Gemeindeforschungsnetzwerks Bürgergesellschaftlichen Engagement Baden-Württemberg einbezogen. Durch diese vergleichende Evaluierung konnten insgesamt 12 Kommunen und weitere Erfahrungen berücksichtigt werden.

Im Modellprojekt konnten nicht alle Bausteine einbezogen werden, der Vergleich mit schon länger aktiven Gemeinden und die Auswertung von Erfahrungen aus Bayern und Oberösterreich zeigen, dass Leitbilder und entsprechende Rahmensetzungen als Baustein einen wichtigen Beitrag leisten, um solche Prozesse langfristig zu stabilisieren.

Baustein:

Es gibt eine kommunale Anlaufstelle (oder in kleinen Kommunen einen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin) in der Verwaltung zur Förderung des freiwilligen Engagements.

In den Kommunen werden Ansprechpartner/-innen in der Verwaltung zur Förderung des freiwilligen Engagements geschaffen.

Sie fungieren als Ansprechpartner/-innen für Arbeitskreise und bürgerschaftliche Aktivitäten, bilden für diese die Schnittstelle zu Verwaltung und Gemeinderat und organisieren die Öffentlichkeitsarbeit.

Realistischerweise ist hier im Durchschnitt von einem Zeitbudget von 5 Wochenstunden auszugehen, die die Kommunen dafür in der Verwaltung auch längerfristig aufwenden.

Zur Unterstützung des Bürger- Engagements sollte in den Modell-Gemeinden eine Anlaufstelle eingerichtet bzw. zumindest ein/e **Ansprechpartner/-in** benannt werden. Für das Modellprojekt wurde eine Anlaufstelle mit ca. einer Drittel Vollzeitstelle Aufwand beziffert. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass dies in der Praxis Ausnahmen bleiben werden. Der durchschnittliche Aufwand lag im Modellprojekt bei gut 7 Wochenstunden und damit fast um die Hälfte unter dem dafür zunächst veranschlagten Wert.

Bei den vier Vergleichsgemeinden der Studie beläuft sich der wöchentliche Verwaltungsaufwand auf durchschnittlich knapp fünf Wochenstunden. Natürlich ist auch hier eine große Spannweite festzustellen. In der Regel schaffen die Gemeinden dieser Größenordnung aber Ansprechpartner, die langfristig etwa 5 Wochenstunden aufwenden.

(Siehe Fallstudie Seite 36-41 und 62-64)

Diese Werte werden durch andere Erfahrungen bestätigt. Für Herrn Ross vom Gemeindeforschungsinstitut des Bürgerschaftlichen Engagements Baden-Württemberg zeigt auch die dortige Praxis, dass die Ansprechpartner im Schnitt 5 Stunden in der Woche aufwenden. Wichtig ist, dass es eine klar benannte Person in der Verwaltung für diese Aufgabe gibt. Auch Herr Klumpp, der als Verantwortlicher der Gemeinde Möglingen befragt wurde und als ehrenamtlicher Sprecher der Umweltbeauftragten des Gemeindetags fungiert, hält diesen Wert insgesamt bei Gemeinden dieser Größenordnung für realistisch. Allerdings laufen die Prozesse umso intensiver, je mehr Stunden zur Verfügung stehen.

Die **Tätigkeitsfelder** der Ansprechpartner umfassen eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen für die Arbeit der Arbeitskreise wie Öffentlichkeitsarbeit, Hilfe bei Veranstaltungen oder Teilnahme an den Sitzungen. Eine genaue Übersicht enthält die Tabelle auf der nächsten Seite.

Als Schnittstelle von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgern nehmen diese Anlaufstellen auch eine wichtige Scharnierfunktion für den gesamten Prozess ein. Hierauf wird in dem entsprechenden Baustein zu gemeinsamen Strukturen auf Seite 5 eingegangen.

Wichtig ist ferner, dass von allen befragten Kommunen als Unterstützung für Arbeitskreise und Projekte die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Medien genannt wird. Hierauf wird in

den entsprechenden Bausteinen zur Unterstützung der Arbeitskreise und Projekte auf den Seiten 6 und 7 und zum Baustein Öffentlichkeitsarbeit auf Seite 9 eingegangen.

Aufgaben und Tätigkeiten der Ansprechpartner/ Anlaufstellen

(basierend auf UFIT-Konzept für Modellprojekt - in absoluten Zahlen und Prozent der 12 Kommunen)

- 11 = 92% Ansprechpartner für Arbeitskreise
- 10 = 83% Schnittstelle zu Verwaltung und Gemeinderat
- 10 = 83% Öffentlichkeitsarbeit

- 9 = 75% Ansprechpartner für Bürger
- 9 = 75% Vor- und Nachbereitung von Veranstaltungen
- 9 = 75% Teilnahme an Treffen der Arbeitskreise

- 8 = 67% Vermittlung von Kontakten
- 8 = 67% Organisation von Räumlichkeiten
- 8 = 67% Betreuung der Arbeitskreise
- 8 = 67% Material und Medienbesorgung

- 4 = 33% Findung von Aufgaben für die Arbeitskreise
- 3 = 25% Inhaltliche Beratung
- 2 = 17% Ausbildung von Ehrenamtlichen
- 2 = 17% Halten von Vorträgen

Baustein:

Es gibt institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit und Diskussion von BürgerInnen, Verwaltung und Gemeinderat (z .B. Agenda-Forum, Beiräte, Jugendgemeinderat)

Die zur Förderung des Bürgerengagements notwendige Kommunikation und Zusammenarbeit von BürgerInnen, Verwaltung und Gemeinderat erfolgt oft nicht in eigens dafür geschaffenen Gremien, sondern flexibel und unterschiedlich.

In den Modellkommunen sollten Projektteams eingerichtet werden. Ein eigenes Gremium als institutionalisierte Form der Zusammenarbeit von Verwaltung, Gemeinderat und BürgerInnen existiert insgesamt nur in jeder zweiten aller untersuchten Kommunen. Wie oben gezeigt, nehmen auch die Ansprechpartner in der Verwaltung eine solche Funktion als Schnittstelle und „Scharnier“ wahr.

Wo in den untersuchten Gemeinden solche gemeinsamen Gremien geschaffen wurden, hatten sie überall die Aufgabe, Vorschläge aus den Arbeitskreisen zu diskutieren. Für jedes zweite Gremium dieser Art wurden als weitere Aufgaben das Erstellen von Maßnahmekatalogen und die Beratung des Gemeinderats genannt. Von je einer Kommune wurden jeweils die Formulierung von Leitbildern, die Prozessbegleitung, die Auswahl von Projekten, das Zusammenführen der verschiedenen Aktivitäten, das besprechen von Bürgerbegehren, Fortbildungen und die Budget-Entscheidung für die Arbeitskreise sowie die Genehmigung größerer Projekte als Tätigkeit benannt.

(Siehe Fallstudie 41-45 und 65-66)

Für die dringend erforderliche Kommunikation und Zusammenarbeit von Bürger/-innen, Verwaltung und Gemeinderat werden oft andere Lösungen angewendet. Besonders in kleineren Kommunen sind z.B. Absprachen zwischen Verwaltung bzw. Bürgermeister und aktiven Bürger/-innen sowie regelmäßige Berichte der Arbeitskreise im Gemeinderat gute Möglichkeiten der Ergänzung oder auch als Alternative zu einem eigenen Gremium. Dies zeigte sich auch im Modellprojekt.

Auch diese Erfahrungen werden von Herrn Ross für das Gemeindeforschung Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg bestätigt. Kommunikation und Zusammenarbeit erfolgen im Normalfall in den kleineren Gemeinden flexibler. Nur einige wenige Gemeinden haben dafür eine feste Gremienstruktur. Etwas anders sieht es aus, wenn sich Gemeinden gezielt in einen strukturierten Gemeinde-Entwicklungsprozess begeben oder gezielt Projekte angehen. Dann schaffen Sie in der Regel auch entsprechende Strukturen. Es gibt aber keine allgemeingültigen „Standardstrukturen“.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass für das Gelingen solcher Prozesse die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Verwaltung und BürgerInnen als „magisches Dreieck“ eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges bildet. Sie sollte sichergestellt werden, was je nach Kommune in unterschiedlichen Strukturen erfolgt.

Baustein

Die Kommune unterstützt thematische BürgerInnen-Arbeitskreise (z. B. Klimaschutz, Soziales) und ähnliche Strukturen (z. B. Solarvereine, Mehrgenerationenhäuser, Genossenschaften) für eine nachhaltige Kommunalentwicklung und arbeitet mit diesen zusammen

Baustein

Die Kommune fördert und unterstützt BürgerInnen-Projekte (z.B. finanzielle Zuschüsse, logistische Unterstützung; fachliche Unterstützung, Bürgerstiftungen)

In allen untersuchten Kommunen erfolgt die Unterstützung bürgerschaftlicher Aktivitäten durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Gemeindemedien. Die meisten Kommunen geben auch finanzielle Unterstützung.

Thematische Arbeitskreise sind die häufigste Organisationsform, wobei sich zunehmend festere Strukturen wie Genossenschaften herausbilden.

Klimaschutz ist das vorherrschende Thema, sowohl bei den neugegründeten Arbeitskreisen in den Modellgemeinden als auch bei Bürgersolaranlagen als wichtigstem Schlüsselprojekt in allen Kommunen.

Für die Gründung und Kontinuität von Themenarbeitskreisen ist das oberbayrische Weyarn ein seit über 15 Jahren erfolgreiches Vorbild.

In allen vier Modellkommunen bildeten sich **thematische Arbeitskreise**, wobei Klimaschutz als einziges Thema in allen Gemeinden bearbeitet wird. Stark vertreten ist noch der Themenkomplex Freizeit und Kultur. Auch in allen anderen untersuchten Gemeinden sind mit einer Ausnahme thematische Arbeitskreise aktiv. Gleichzeitig werden von allen Kommunen auch weitere Formen der Zusammenarbeit genannt, besonders Solarvereine und Bürgersolaranlagen. Als neue Organisationsform entstehen in den letzten Jahren zunehmend Genossenschaften.

(Siehe Fallstudie Seite 10-19, 43-36, 55-59, 66-68 und 73-74).

Als eine Vergleichs-Gemeinde wurde **Weyarn** ausgewählt, da dort seit 1993 erfolgreich Bürgerbeteiligung praktiziert wird. Dies wurde im Jahr 2008 inzwischen sogar in der Hauptsatzung verankert. Dort sind die jeweiligen Aufgaben und Pflichten von Kommune und BürgerInnen im Rahmen dieses erfolgreichen Modells genau beschrieben. Durch „Bürgerwerkstätten“ werden thematische Bürger-Arbeitskreise angestoßen und bei Erfüllung der in der Satzung genannten Regeln von der Gemeinde unterstützt. Über das Gemeindeblatt erfolgt eine ausführliche Öffentlichkeitsarbeit. Aufgrund der langen Kontinuität und des Erfolgs wird dieses Beispiel hier ausdrücklich als „Modell“ empfohlen und im Anhang 2 auf den Seiten 11 und 12 genauer geschildert. Auch wenn die dort in Auszügen enthaltene Satzung nicht als solche von anderen Gemeinden übernommen wird, enthält sie viele Hinweise für die erfolgreiche Struktur solcher Prozesse. Es handelt sich um in der Praxis langjährig erprobte Elemente, die andere Gemeinden nutzen sollten.

Alle untersuchten **Kommunen unterstützen** Arbeitskreise und Bürgerprojekte logistisch, indem sie Räumlichkeiten und Gemeindemedien zur Verfügung stellen. Drei Viertel der Gemeinden leisten auch finanzielle Unterstützung und stellen Ihre Dächer für Bürgersolaranla-

gen zur Verfügung. In jeder zweiten Gemeinde erfolgt eine fachliche Unterstützung durch die Teilnahme von Fachleuten an den Arbeitskreisen oder durch Fachexkursionen.

Eine genaue Übersicht über die Unterstützungsleistungen in den Kommunen enthält die folgende Tabelle.

Unterstützung der Kommunen zur Umsetzung der Projekte & Arbeit der Arbeitskreise

(In absoluten Zahlen und Prozent der befragten 12 Kommunen)

Logistische Unterstützung:

12 = 100% Bereitstellung von Räumlichkeiten

12 = 100% Bereitstellung von Medien

9 = 75% Bereitstellung von öffentlichen Dächern für Bürgersolaranlagen

8 = 67% Bereitstellung von Getränken (für Sitzungen)

8 = 67% Versand der Protokolle durch Verwaltung

Finanzielle Unterstützung

9 = 75%

Fachliche Unterstützung:

6 = 50% Teilnahme von Fachleuten aus der Verwaltung an den Arbeitskreisen

6 = 50% Exkursionen

4 = 33% Moderatorentaining

4 = 33% Schulungsprogramme

3 = 25% Vorträge

3 = 25% Seminare

0 = 0% Fachforen

Baustein

Die Kommune beteiligt die BürgerInnen an politischen Entscheidungen auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus (z.B. Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, Beteiligungshaushalt, Bürgerbefragungen, Anhörungen und Fragestunden im Gemeinderat, sachkundige Bürger,...)

Als häufige und erfolgreiche Formen der Bürgerbeteiligung haben sich Bürgerbefragungen und Zukunftswerkstätten bzw. ähnliche Veranstaltungsformen bewährt. Sie sind auch in der Startphase gut geeignet, solche bürgerschaftlichen Nachhaltigkeitsprozesse anzustoßen oder neu zu beleben.

In drei der vier Modellgemeinden wurden **Bürgerumfragen** erfolgreich durchgeführt, in der vierten war dies bereits früher der Fall. Auch fast alle anderen befragten Gemeinden nutzten dieses Instrument der Bürgerbeteiligung. Damit können Informationen über Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung gewonnen und Themen für die Zukunftsgestaltung der Gemeinde ermittelt werden. Ferner besteht so die Chance, Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, was in zwei Modellgemeinden bei der Bildung der Arbeitskreise genutzt wurde.

Neben **Bürgerversammlungen** werden von den befragten Gemeinden besonders noch **Zukunftswerkstätten** und **Informationsveranstaltungen** als besonders erfolgreiche Formen der Bürgerbeteiligung genannt. (Siehe Tabelle). Die beiden letzten dienen dabei mehr der Aktivierung der Bevölkerung, sich für die Zukunft der Gemeinde zu engagieren und weniger der Beteiligung an politischen Entscheidungen. Solche Veranstaltungsformen eignen sich sehr gut, bürgerschaftliche Prozesse anzustoßen oder neu zu beleben (Siehe Fallstudie, Seite 49-52 und 69-72).

Wegen der langjährigen Erfolge sei nochmals auf das Beispiel Weyarn verwiesen. Dort wird durch „**Bürgerwerkstätten**“, die als wenig aufwändige Abendveranstaltungen im Rathaus stattfinden, die Gründung themenbezogener Bürgerarbeitskreise angestoßen. 2010 geschah dies beispielsweise zum Thema Umwelt und Energie (Siehe Anhang 2, Seite 11).

Welche Formen der Bürgerbeteiligung waren besonders erfolgreich?

(Bürgerbefragungen wurden extra abgefragt, deshalb sind Sie hier nicht insgesamt erfasst)

Aspach:	Zukunftswerkstatt, Perspektivenkonferenz
Illmensee:	Bürgerversammlung, Zukunftswerkstatt
Schlierbach:	Informationsveranstaltungen, Bürgergespräche
Seckach:	Info-Veranstaltung Photovoltaik und Vortrag Zeitbank
Allensbach:	Eröffnungsveranstaltung, Informationsveranstaltungen
Bollschweil:	Auftaktveranstaltung mit Gründung von Arbeitskreisen, Projekt Ortsmitte
Pleidelsheim:	Bürgerversammlung(Auftaktveranstaltung), Spendenprojekte (Amazonien)
Weissach i.T:	Projektbezogene Formen mit zeitlich begrenzten Terminvorgaben
Möglingen:	Agenda-Projekte
Straubenhardt	Bürgersolaranlagen, Zukunftswerkstatt, AG Jugend, AK Verkehr
Weyarn:	Bürgerwerkstätten, Bürgerversammlungen, Demokratiebilanz
Wildpoldsried	Fragebogenaktionen, Anliegerversammlungen, Infoveranstaltungen

Baustein

Die Kommune fördert die Aufklärung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung durch Öffentlichkeitsarbeit und Aktivitäten besonders auch in Kooperation mit entsprechenden Akteuren (z.B. Medien, Veranstaltungen wie bspw. Energietage, Zuschüsse für Aktivitäten, klimafreundliche Schulen, VHS-Programme, Zusammenarbeit mit Initiativen,...)

Für solche bürgerschaftlichen Nachhaltigkeitsprozesse ist eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Alle untersuchten Gemeinden nutzen hierfür ihre eigenen Medien wie Gemeindeblatt oder Homepage, was sowohl einfach als auch effektiv ist.

Das Modellprojekt unterstrich nochmals die zentrale Rolle, die eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zur Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger hat. Alle befragten Gemeinden nutzen dafür das Gemeindeblatt und die eigene Homepage. Besonders das Gemeindeblatt als wichtigstes Medium in kleinen Kommunen informiert dabei über die Arbeitskreise und laufende Aktivitäten.

Eine stichprobenartige Untersuchung der Gemeindeblätter in einigen der untersuchten Kommunen zeigt dabei auch, dass dies sehr unterschiedlich erfolgt. Eine umfassende Information zur Unterstützung bürgerschaftlicher Nachhaltigkeits-Prozesse sollte kontinuierlich erfolgen. Sie sollte Angaben über gelaufene und geplante Aktivitäten, die Sitzungen und Termine der Arbeitskreise sowie Ansprechpartner und Kontaktmöglichkeiten enthalten. Eigene Logos erhöhen den Wiedererkennungswert. Fotos mit Beteiligten schaffen gerade in kleinen Gemeinden erhöhte Aufmerksamkeit. Dabei sind mit diesen Elementen angereicherte kurze Artikel oft die beste Werbemöglichkeit.

Die Homepage wird insgesamt mehr für umfassende und grundsätzliche Informationen eingesetzt und dient als „Themenspeicher“ für den Prozess. Sie sollte aber auch Ansprechpartner und Kontaktmöglichkeiten benennen. Drei Viertel der befragten Kommunen nutzen auch die jeweiligen Regionalzeitungen als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Die dortigen Artikel berichten meist über erfolgreiche Aktivitäten und Projekte.

Wie die folgende Tabelle zeigt, finden als weitere Medien noch Faltblätter und Plakate vermehrt Anwendung, Schaukästen am Rathaus werden in weniger als der Hälfte der befragten Gemeinden genutzt.

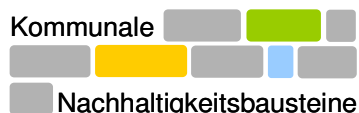
(Siehe Fallstudie Seite 53-54 und 72-73)

Mit welchen Medien wird Öffentlichkeitsarbeit betrieben?

(In absoluten Zahlen und Prozent der befragten 12 Kommunen)

12	=	100%	Gemeindeblatt
11	=	92%	Homepage (Anmerkung: Fehlende Gemeinde hat dort aber auch Infos)
9	=	75%	Regionalzeitung
8	=	67%	Faltblätter
7	=	58%	Plakate
5	=	42%	Schaukästen am Rathaus

Anhang 1



Die Kommune schafft institutionalisierte Strukturen zur Förderung des Bürger-Engagements

Baustein: Es gibt eine **kommunale Anlaufstelle** (oder in kleinen Kommunen einen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin in der Verwaltung) zur Förderung des freiwilligen Engagements

Baustein: Es gibt **institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit** und Diskussion von BürgerInnen, Verwaltung und Gemeinderat (z .B: Agenda-Forum, Beiräte, Jugendgemeinderat, ...)

Baustein: Die Kommune unterstützt **thematische BürgerInnen-Arbeitskreise** (z.B. Klimaschutz, Soziales,...) und ähnliche Strukturen (z.B. Solarvereine, Mehrgenerationenhäuser, Genossenschaften ...) für eine nachhaltige Kommunalentwicklung und arbeitet mit diesen zusammen

Die Kommune fördert Bürger-Engagement und Bürgerbeteiligung

Baustein: Die Kommune praktiziert eine „**Kultur der Anerkennung**“ (z.B. Empfänge, Preise, Vergünstigungen, Belobigungen, Urkunden, Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung, Berichte, Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit,...) für Ehrenamtliche und engagierte BürgerInnen

Baustein: Die Kommune fördert und **unterstützt BürgerInnen-Projekte** (z.B. finanzielle Zuschüsse, logistische Unterstützung; fachliche Unterstützung, Bürgerstiftungen, ...)

Baustein: Die Kommune **beteiligt die BürgerInnen an politischen Entscheidungen** auch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus (z.B. Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, Beteiligungshaushalt, Bürgerbefragungen, Anhörungen und Fragestunden im Gemeinderat, sachkundige Bürger,...)

Nachhaltigkeit wird zum Thema in Kommune, Verwaltung und Bevölkerung.

Baustein: In der Kommune werden bzw. wurden „**Schlüsselprojekte**“ (z.B. Bürgersolaranlagen, Flächenrecycling, Direktvermarktung, Bürgertreffs, Agenda-Kaffeekränzchen, Lehrpfade...), als Bausteine und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt

Baustein: Die Kommune unternimmt Schritte für ein **kommunales Nachhaltigkeitsmanagement** in der Verwaltung (z.B. Energiemanagement, Öko-Audit / Umweltmanagement, Nachhaltigkeitschecks für Vorhaben, ökologische und faire Beschaffung,...)

Baustein: Die Kommune fördert die **Aufklärung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung** durch **Öffentlichkeitsarbeit** und Aktivitäten besonders auch in Kooperation mit entsprechenden Akteuren (z.B. Medien, Veranstaltungen wie bspw. Energietage, Zuschüsse für Aktivitäten, klimafreundliche Schulen, vhs-Programme, Zusammenarbeit mit Initiativen,...)

Die Kommune schafft Rahmen und Leitziele für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung

Baustein: Es gibt folgende **Rahmenkonzepte und Zielsetzungen** für eine nachhaltige Entwicklung (z.B. Leitbild, Stadtentwicklungsplan, Masterplan, in kleineren Kommunen Leitbilder und -linien...) und **Handlungsprogramme bzw. Konzepte** für wichtige Felder(z.B. Klimaschutz, Flächenmanagement, Verkehr, Soziales, Wirtschaft und Stadtmarketing,...)

Baustein: Die Kommune arbeitet mit **Indikatoren** als Instrument der Erfolgskontrolle (z.B. Nachhaltigkeitsberichte, Indikatoren für den Erfolg von Programmen,...)

Baustein: Die Kommune arbeitet auf **regionaler und interkommunaler Ebene** mit Kommunen und anderen Körperschaften für eine nachhaltige Entwicklung (z.B. gemeinsame Infrastruktur, Flächenpools, Verkehrskonzepte, Klimaschutz, Öko-Audit, Umweltmanagement,...) zusammen.

Anhang 2: Das Beispiel Weyarn (www.weyarn.de)

Begonnen hat „das fast schon legendäre Modell der Bürgerbeteiligung in der oberbayerischen Gemeinde Weyarn, 3500 Einwohner groß“ (Süddeutsche Zeitung vom 7. Juni 2010) mit der Aufnahme in das bayerische Dorfentwicklungsprogramm 1993.

Inzwischen ist das dort entwickelte Modell der Bürgerbeteiligung in der **Hauptsatzung** festgehalten, es hat also kommunalen Verfassungsrang. (*Auszüge siehe nächste Seite*). Der Bürgermeister hält das Modell ausdrücklich für kopierbar: „Es geht nicht nur in Bayern.“

Im Mittelpunkt steht dabei die projekt- und themenbezogene Aktivierung der Bürger durch die Gründung von **Arbeitskreisen**, wozu „**Bürgerwerkstätten**“ in Form von Abendveranstaltungen als „kleine Bürgerversammlungen“ (so die verantwortliche Ansprechpartnerin in der Verwaltung) und Startveranstaltungen stattfinden. Momentan existieren über 10 Arbeitskreise, ganz neu wurde der Arbeitskreis Energie und Umwelt im Jahr 2010 gegründet.

Unterstützt wird die Arbeit durch eine **Koordinationsstelle**, deren Aufgaben ebenfalls in der Satzung festgelegt wird und deren Aufwand die Verantwortliche auf ca. 10 Stunden beziffert (ohne Öffentlichkeitsarbeit, dafür ist sie extra für die Gemeinde zuständig).

Ferner existiert ein auf sechs Jahre gewähltes **Steuerungsgremium** aus 8 Personen, dem zusätzlich mit Stimmrecht Vertreter der Arbeitskreise und der Bürgermeister angehören. Seine Aufgaben sind ebenfalls in der Satzung festgelegt, es entscheidet besonders über die Finanzierung der Arbeitskreis-Vorschläge.

Eine äußerst umfassende **Öffentlichkeitsarbeit** erfolgt durch das Gemeindeblatt, das „**Gmoablatt!**“ mit umfangreichen Informationen zu Gemeinderat, Rathaus u. Arbeitskreisen.

Die Gründung des neuen Arbeitskreises Umwelt und Energie 2010 zeigt, wie eine erfolgreiche Gründung und Startphase durch das „**Gmoablatt!**“ unterstützt wird:

- April 2010: Bericht von der Gemeinderatsklausur. Ein Vortrag aus Wildpoldsried bringt Einigkeit, einen Arbeitskreis „Umwelt und Energie“ ins Leben zu rufen
- Mai 2010: Aufruf „Auf zur Energiewende in Weyarn – Lasst uns einen neuen Arbeitskreis „Energie und Umwelt gründen!“ Der Artikel lädt dazu abschließend alle interessierten Bürger für den 10. Mai um 19 Uhr 30 zur Versammlung in Weyarner Rathaus mit Bürgermeister Pelzer ein
- Juni 2010: Bericht von der Bürgerwerkstatt und Hinweis auf den nächsten Arbeitskreistermin am 7. Juni im Sitzungssaal des Rathauses
- Juli 2010: Bericht zur Sitzung mit der Wahl eines Sprechers und der Diskussion eines Leitbilds. Einladung zum nächsten Termin am 5. Juli
- August 2010: Bericht aus dem Gemeinderat mit der Gründung des AK Umwelt und Energie sowie ein „Steckbrief“: Für ein beigefügtes Logo „Energiewende Weyarn“ wird ein guter Name gesucht.
- September 2010: Bericht aus dem AK Energie und Umwelt : Fragebogenaktion geplant

Auszug aus der Satzung:

Der Gemeinderat Weyarn beschließt aufgrund des Art. 23 Satz 1 GO folgende Satzung zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung (Bürgerbeteiligungssatzung) auf der Grundlage des Bayerischen Dorferneuerungsprogramms.

(...)

1. Aktivierung der Bürger

Die Gemeinde wird projekt- oder themenbezogen auf den kommunalen Handlungsfeldern Bürger/Innen zur aktiven Mitarbeit und Mitentscheidung auffordern. Dies geschieht auch durch die Einladung zu Bürgerwerkstätten (Aktivierungsinstrument). Ziel der Bürgerwerkstätten ist die Bildung von Arbeitskreisen zu speziellen Themen oder Projekten, die Gegenstand kommunalen Handelns sein müssen.

2. Arbeitskreise

2.1 Die Arbeitskreise gründen sich autonom. Die Gründung ist bei der Gemeinde anzuzeigen. Um vom Gemeinderat anerkannt zu werden, haben sie folgende Regeln einzuhalten: Die Arbeitskreise haben

- einen Sprecher und einen stellvertretenden Sprecher zu wählen,
- die Zielsetzung des Arbeitskreises festzulegen
- öffentlich zu ihren Sitzungen einzuladen (Presse, Gmoabblatt¹, Internet).
- Protokolle über alle Zusammenkünfte zu führen und der Gemeinde die Einladungen und Protokolle zeitnah zugänglich zu machen

(...)

3. Steuerungsgremium

(...)

3.2 Das Steuerungsgremium stimmt Projektvorhaben der Arbeitskreise, die Planungsergebnisse und Budgetanforderungen der Arbeitskreise aufeinander und auf die vom Gemeinderat festgelegten Leitziele und Leitbilder ab.

(...)

4. Koordinationsstelle

4.1. Die Gemeinde wird in ihrer Verwaltung die Koordinierung dieses Beteiligungsprozesses durch umfassende Information der Arbeitskreise, des Steuerungsgremiums und des Gemeinderats über die jeweiligen Planungsstände aller Gremien sicherstellen. Sie sorgt für die termingerechte Erstellung notwendiger Beschlussvorlagen im Steuerungsgremium und Gemeinderat.

4.2. Diese Koordinationsstelle hat zudem die Aufgabe, Ansprechpartner der Arbeitskreise sowie der zur Partizipation bereiten Bürger zu sein. Sie koordiniert insoweit auch die Öffentlichkeitsarbeit.

(...)

5. Leistungen der Gemeinde

5.1. Die Gemeinde wird den Arbeitskreisen und dem Steuerungsgremium in angemessenem Umfang zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Nutzungsmöglichkeit der Infrastruktur der Gemeinde zur Verfügung stellen.

5.2. Die Gemeinde wird den Arbeitskreisen die zur Erfüllung ihrer laufenden Aufgaben notwendigen Budgets im Rahmen des genehmigten Haushalts zur Verfügung stellen.

5.3. Die Gemeinde wird den Arbeitskreisen angemessene Mittel zur Selbstqualifikation sowie auf Antrag der Arbeitskreise auch professionelle Begleitplaner zur Verfügung stellen. Für diesen Zweck räumt der Gemeinderat dem ersten Bürgermeister ein jeweiliges jährliches Budget ein.

Weyarn, den 23. Oktober 2008

Anlagen: Leitbildheft, Wahlordnung, Anzeige zur Gründung eines Arbeitskreises